

Höhere Wachstumsraten und rückläufige Arbeitslosenzahlen haben fast überall in Europa die ökonomischen Rahmenbedingungen für die Tarifaueinandersetzungen in den Jahren 2006 und 2007 deutlich verbessert. Allerdings bleibt die Lohnentwicklung in den meisten europäischen Ländern hinter den ökonomischen Möglichkeiten zurück, d.h. die nationalen Verteilungsspielräume aus Preis- und Produktivitätsentwicklung wurden nicht ausgeschöpft. Ohne eine deutlich expansivere Lohnpolitik wird der ökonomische Aufschwung jedoch nicht zu verstetigen sein. Viel wird davon abhängen, ob es Deutschland gelingt, nach Jahren einer extrem zurückhaltenden Lohnentwicklung seine lohnpolitische Sonderrolle in Europa abzulegen. Die Tarifrunde 2007 hat hier noch keinen Durchbruch gebracht, aber zumindest Anzeichen für eine stärkere Lohnpolitik auch in Deutschland erkennen lassen.

1 Ökonomische Rahmenbedingungen der Tarifpolitik

1.1 ALLGEMEINE WIRTSCHAFTS- ENTWICKLUNG

Vor dem Hintergrund eines deutlichen Anstiegs der Weltkonjunktur haben sich die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der Tarifpolitik im Jahr 2006 in fast allen europäischen Ländern deutlich verbessert. Innerhalb der Europäischen Union (EU 27) lag das durchschnittliche *Wachstum des Bruttoinlandsproduktes (BIP)* bei 3,0 % und hat sich damit gegenüber 1,7 % im Vorjahr beinahe verdoppelt (Tabelle 1).¹ Erstmals seit der Jahrtausendwende hat auch Deutschland wieder einen kräftigen Konjunkturaufschwung erlebt und damit maßgeblich zur ökonomischen Dynamik in Europa beigetragen (IMK 2007). Allerdings lag das deutsche BIP-Wachstum mit 2,7 % im europäischen Vergleich nach wie vor am unteren Ende der europäischen Wachstumsskala. Lediglich Frankreich, Italien und Portugal hatten noch niedrigere Wachstumsraten zu verzeichnen.

Für das Jahr 2007 erwartet die Europäische Kommission, dass sich der konjunkturelle Aufschwung mit einer EU-weiten Wachstumsrate von durchschnittlich 2,9 % weiter verstetigt. Die höchsten Wachstumsraten mit Werten zwischen 7 % und knapp 10 % werden erneut für einige mittel- und osteuropäische Länder prognostiziert, die damit ihren ökonomischen Aufholprozess gegenüber Westeuropa weiter fortsetzen. Einzige Ausnahme ist Ungarn, für das ein deutlicher Rückgang der Wachstumsdynamik erwartet wird. Innerhalb der alten EU

bleiben Irland und Luxemburg mit einem Wachstum von 5 % die Spitzenreiter, während Italien und Portugal mit Wachstumsraten unter 2 % das Schlusslicht bilden. In Deutschland fällt das prognostizierte Wachstum mit 2,5 % etwas schwächer als 2006 aus und bleibt damit weiterhin unterhalb des EU-Durchschnittes.

1.2 DIE LAGE AUF DEM ARBEITSMARKT

Der konjunkturelle Aufschwung hat im Jahr 2006 in den meisten EU-Staaten auch zu einer spürbaren Verbesserung der Lage auf dem Arbeitsmarkt geführt. Innerhalb der EU betrug die durchschnittliche *Arbeitslosenquote* 7,9 % und fiel damit 0,8 Prozentpunkte niedriger als im Vorjahr aus. Für 2007 wird erwartet, dass sich der rückläufige Trend weiter fortsetzt und die EU-weite Arbeitslosenquote auf 7,2 % herabsinkt.

Im Hinblick auf die nationalen Arbeitslosenraten bestehen zwischen den einzelnen europäischen Ländern nach wie vor große Unterschiede. Im Jahr 2006 existierte die höchste Arbeitslosigkeit in Polen und der Slowakei, wo trotz eines erheblichen Beschäftigungszuwachses die Arbeitslosenquote immer noch bei über 13 % lag. Innerhalb der alten EU-Staaten hat mittlerweile Frankreich mit einer Arbeitslosenquote von 9,4 % die rote Laterne übernommen. Deutschland lag trotz eines starken Rückgangs mit 8,4 % ebenfalls deutlich über dem EU-Durchschnitt. Die niedrigsten Arbeitslosenquoten mit Werten von unter 4 % existierten in Dänemark und den Niederlanden, gefolgt von Irland, Luxemburg, Österreich und Zypern mit Werten von unter 5 %.

Im Juni 2007 gab es innerhalb der EU insgesamt 16,1 Mio. offiziell registrierte Ar-

beitslose. Dies waren 2,4 Mio. weniger als im gleichen Monat des Vorjahres (Eurostat 2007). Mit dem Rückgang der Arbeitslosenzahlen hat sich auch die Verhandlungsmacht der Gewerkschaften in einigen europäischen Ländern weiter verbessert. Mit Besorgnis wird deshalb bereits von einigen Ökonomen die Frage aufgeworfen, „wie weit die Arbeitslosigkeit ... noch sinken kann, ohne dass es zu spürbaren Engpässen am Arbeitsmarkt und in der Folge zu einem nennenswerten Anziehen der Löhne kommt“ (ARGE 2007, S. 16). In vielen EU-Staaten bleibt die hohe Massenarbeitslosigkeit allerdings nach wie vor ein wichtiger Faktor, der die gewerkschaftliche Durchsetzungskraft in den Tarifaueinandersetzungen deutlich begrenzt.

1.3 DER LOHNPOLITISCHE VERTEILUNGSSPIELRAUM

Neben der allgemeinen Konjunktorentwicklung und der Lage auf dem Arbeitsmarkt werden die Tarifaueinandersetzungen in den meisten europäischen Ländern vor allem durch die Entwicklung der Prei-

¹ Im Folgenden wird, falls nicht anders ausgewiesen, auf Daten aus der AMECO-Datenbank der Europäischen Kommission zurückgegriffen (Europäische Kommission 2007a). Bei den Angaben für 2007 handelt es sich um Prognosen aus dem Frühjahrgutachten der Europäischen Kommission (Europäische Kommission 2007b). Zur Konjunktur-entwicklung in Europa: ARGE (2007) und ELNEP (2007).

Thorsten Schulten, Dr., ist Wissenschaftler im WSI in der Hans-Böckler-Stiftung. Arbeitsschwerpunkte: Arbeits- und Tarifpolitik in Europa.
e-mail: Thorsten-Schulten@boeckler.de

se und der Arbeitsproduktivität geprägt (Tabelle 2). Die Summe beider Indikatoren bildet den *lohnpolitischen Verteilungsspielraum*, dessen Ausschöpfung durch entsprechende Lohnerhöhungen den Beschäftigten eine gleichgewichtige Partizipation an der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung garantieren und das Verhältnis zwischen Arbeits- und Kapitaleinkommen konstant halten würde. Makroökonomisch gilt die *produktivitätsorientierte (Real-)Lohnpolitik* als wachstums- und stabilitätsgerecht, da sie die private Konsumnachfrage fördert, ohne einen inflationären oder deflationären Druck auf die Preisentwicklung auszuüben (Schulten 2004).

Innerhalb einer ökonomisch hochgradig integrierten Region wie der Europäischen Union, die noch dazu in ihrem Kern über eine gemeinsame Währung verfügt (EWU-Staaten), bildet die produktivitätsorientierte Lohnpolitik zudem eine wesentliche Voraussetzung für langfristig stabile internationale Wirtschaftsbeziehungen (Flassbeck/Spiecker 2005). In diesem Sinne fordert z. B. die Europäische Kommission (2005, S. 17), dass „die realen Lohnerhöhungen mit dem mittelfristigen Produktivitätswachstumstrend in Einklang stehen.“ Auch die europäischen Gewerkschaften haben sich als Zielmarke für eine europäische Koordinierung der Tarifpolitik auf eine produktivitätsorientierte Lohnpolitik verständigt, die die nationalen Verteilungsspielräume ausschöpft, um auf diese Weise gegenseitiges Lohndumping und einen europaweiten Lohnsenkungswettlauf zu verhindern (EGB 2007).

Bei der Definition des lohnpolitischen Verteilungsspielraumes als Summe aus Preis- und Produktivitätsentwicklung ist in der Wirtschaftswissenschaft strittig, welche konkreten Indikatoren insbesondere für die Preisentwicklung verwendet werden sollen. Gegenüber möglichen alternativen Indikatoren (wie z. B. der Kerninflationsrate, der EZB-Zielinflationsrate oder der Entwicklung der Erzeugerpreise) wird im Folgenden bei der Bestimmung der nationalen Verteilungsspielräume die jeweils nationale Entwicklung der Konsumentenpreise zugrunde gelegt. Aus Arbeitnehmer-sicht stellen die Konsumentenpreise den wichtigsten ökonomischen Indikator dar und bilden damit für die Gewerkschaften die relevanteste Orientierungsgröße bei den Tarifaueinandersetzungen.

Die Entwicklung der (*Verbraucher-*) Preise weist im EU-Durchschnitt eine hohe

Tabelle 1: Wachstum und Arbeitslosigkeit in der Europäischen Union 2004–2007

	Bruttoinlandsprodukt ¹⁾				Arbeitslosenquote ²⁾			
	2004	2005	2006	2007	2004	2005	2006	2007
Alte EU-Staaten								
Belgien	3,0	1,1	3,1	2,3	8,4	8,4	8,2	7,8
Dänemark	2,1	3,1	3,2	2,3	5,5	4,8	3,9	3,3
Deutschland	1,2	0,9	2,7	2,5	9,5	9,5	8,4	7,3
Finnland	3,7	2,9	5,5	3,1	8,8	8,4	7,7	7,2
Frankreich	2,3	1,2	2,0	2,4	9,6	9,7	9,4	8,9
Griechenland	4,7	3,7	4,3	3,7	10,5	9,8	8,9	8,5
Großbritannien	3,3	1,9	2,8	2,8	4,7	4,8	5,3	5,0
Irland	4,3	5,5	6,0	5,0	4,5	4,3	4,4	4,5
Italien	1,2	0,1	1,9	1,9	8,0	7,7	6,8	6,6
Luxemburg	3,6	4,0	6,2	5,0	5,1	4,5	4,7	4,6
Niederlande	2,0	1,5	2,9	2,8	4,6	4,7	3,9	3,2
Österreich	2,4	2,0	3,1	2,9	4,8	5,2	4,8	4,4
Portugal	1,3	0,5	1,3	1,8	6,7	7,6	7,7	7,7
Schweden	4,1	2,9	4,4	3,8	6,3	7,4	7,0	6,4
Spanien	3,2	3,5	3,9	3,7	10,6	9,2	8,6	8,1
EU 15	2,3	1,5	2,8	2,7	8,0	7,9	7,4	6,9
Neue EU-Staaten								
Bulgarien	6,6	6,2	6,1	6,1	12,0	10,1	9,0	8,2
Estland	8,1	10,5	11,4	8,7	9,7	7,9	5,9	6,6
Lettland	8,7	10,6	11,9	9,6	10,4	8,9	6,8	6,3
Litauen	7,3	7,6	7,5	7,3	11,4	8,3	5,6	4,8
Malta	0,4	3,0	2,9	3,0	7,4	7,3	7,4	7,4
Polen	5,3	3,5	5,8	6,1	19,0	17,7	13,8	11,0
Rumänien	8,5	4,1	7,7	6,7	8,1	7,2	7,4	7,2
Slowakei	5,4	6,0	8,3	8,5	18,2	16,3	13,4	12,2
Slowenien	4,4	4,0	5,2	4,3	6,3	6,5	6,0	5,8
Tschechien	4,2	6,1	6,1	4,9	8,3	7,9	7,1	6,4
Ungarn	4,9	4,2	3,9	2,4	6,1	7,2	7,5	7,8
Zypern	4,2	3,9	3,8	3,8	4,6	5,2	4,7	4,8
Gesamte EU 27	2,5	1,7	3,0	2,9	9,0	8,7	7,9	7,2

1) Bruttoinlandsprodukt = Veränderung des BIP in % gegenüber dem Vorjahr.
2) Arbeitslosenquote = Anzahl der Arbeitslosen in % der zivilen Erwerbsbevölkerung (Eurostat-Definition).
Angaben für 2007 = Frühjahrsprognose 2007 der Europäischen Kommission.
Quelle: Europäische Kommission (2007a).

WSI MITTEILUNGEN

Stabilität auf. Wie bereits in den Vorjahren hat der harmonisierte Verbraucherpreisindex (HVPI) 2006 um 2,3 % zugenommen. Für 2007 erwartet die Europäische Kommission einen Anstieg um 2,2 %. Damit liegt die Preisentwicklung knapp über der (inoffiziellen) Zielinflationsrate der Europäischen Zentralbank (EZB) von etwa 2 %. Im Schnitt lagen die Inflationsraten in den mittel- und osteuropäischen EU-Staaten immer noch etwas höher als in Westeuropa. Dies gilt insbesondere für die neuen EU-Staaten Bulgarien und Rumänien, die 2006 mit Werten von 7,4 % bzw. 6,6 % die höchsten Preissteigerungsraten aufwiesen. Innerhalb der alten EU-Staaten nahm Spanien mit einer Inflationsrate von 3,6 % den Spitzenplatz ein, gefolgt von Griechenland, Portugal und Luxemburg mit Werten um die 3 %. Deutschland lag mit einem Anstieg der Verbraucherpreise von 1,8 % leicht unterhalb des EU-Durchschnittes.

Das Wachstum der *Arbeitsproduktivität* hat sich im Jahr 2006 im EU-Durchschnitt mit 1,5 % im Vergleich zu 1,0 % im Vorjahr wieder deutlich beschleunigt (Tabelle 2). Für 2007 erwartet die Europäische Kommission, dass sich das Wachstumstempo mit 1,6 % weiter verstetigt. 2006 gab es den größten Produktivitätszuwachs mit 7,0 % in Lettland, gefolgt von Estland, Litauen und der Slowakei, die Steigerungsraten von über 5 % erreichten. Bei den alten EU-Staaten erlangte Finnland mit einem Produktivitätswachstum von 4 % den Spitzenplatz. Deutschland verzeichnete mit 2,3 % ebenfalls einen überdurchschnittlich hohen Produktivitätsanstieg.

Aus der Gesamtsumme von Preis- und Produktivitätsentwicklung ergibt sich im Durchschnitt für die alten EU-Staaten ein *lohnpolitischer Verteilungsspielraum* von 3,8 % im Jahr 2006 und prognostizierten 3,8 % im Jahr 2007. Während in einigen mittel- und osteuropäischen Ländern der

Tabelle 2: Preise, Arbeitsproduktivität und neutraler Verteilungsspielraum in der Europäischen Union 2004–2007

	Preise ¹⁾				Arbeitsproduktivität ²⁾				Lohnpolitischer Verteilungsspielraum ³⁾			
	2004	2005	2006	2007	2004	2005	2006	2007	2004	2005	2006	2007
Alte EU-Staaten												
Belgien	1,9	2,5	2,3	1,8	2,3	0,1	1,9	1,2	4,2	2,6	4,3	3,0
Dänemark	0,9	1,7	1,9	1,9	2,1	2,4	1,3	1,9	3,0	4,0	3,1	3,8
Deutschland	1,8	1,9	1,8	1,9	1,7	1,5	2,3	1,7	3,5	3,4	4,1	3,6
Finnland	0,1	0,8	1,3	1,5	3,3	1,5	4,0	2,0	3,4	2,3	5,3	3,6
Frankreich	2,3	1,9	1,9	1,5	2,3	0,9	1,1	1,5	4,6	2,8	3,1	3,1
Griechenland	3,0	3,5	3,3	3,2	1,7	2,3	2,7	2,2	4,7	5,8	6,0	5,4
Großbritannien	1,3	2,1	2,3	2,3	2,2	1,0	1,9	2,0	3,6	3,0	4,3	4,3
Irland	2,3	2,2	2,7	2,6	1,2	0,9	1,7	1,5	3,5	3,1	4,4	4,1
Italien	2,3	2,2	2,2	1,9	0,8	0,3	0,2	1,0	3,1	2,5	2,5	2,9
Luxemburg	3,2	3,8	3,0	2,4	1,3	1,0	2,4	1,4	4,5	4,7	5,4	3,8
Niederlande	1,4	1,5	1,7	1,5	3,4	1,8	1,8	1,7	4,8	3,3	3,4	3,2
Österreich	2,0	2,1	1,7	1,8	2,1	0,7	1,9	1,7	4,1	2,9	3,6	3,5
Portugal	2,5	2,1	3,0	2,3	1,2	0,5	0,5	1,1	3,8	2,6	3,6	3,4
Schweden	1,0	0,8	1,5	1,2	4,7	2,5	2,6	1,6	5,8	3,3	4,1	2,8
Spanien	3,1	3,4	3,6	2,4	0,6	0,4	0,8	0,9	3,6	3,8	4,3	3,2
EU 15	2,0	2,1	2,2	2,0	1,8	1,0	1,5	1,5	3,7	3,1	3,7	3,5
Neue EU-Staaten												
Bulgarien	6,1	6,0	7,4	4,2	3,9	3,5	3,6	4,6	10,1	9,5	11,0	8,8
Estland	3,0	4,1	4,4	5,1	8,0	8,6	5,5	7,4	11,0	12,7	9,9	12,5
Lettland	6,2	6,9	6,6	7,2	7,5	8,7	7,0	8,1	13,7	15,6	13,5	15,3
Litauen	1,2	2,7	3,8	4,7	7,3	5,0	5,7	6,6	8,5	7,6	9,5	11,3
Malta	2,7	2,5	2,6	1,4	1,2	1,2	2,0	2,1	4,0	3,7	4,5	3,5
Polen	3,6	2,2	1,3	2,0	4,0	1,2	2,4	3,6	7,6	3,4	3,7	5,7
Rumänien	11,9	9,1	6,6	4,6	8,0	3,9	4,7	5,4	19,9	13,0	11,3	10,0
Slowakei	7,5	2,8	4,3	1,7	5,8	4,6	5,8	6,7	13,2	7,4	10,1	8,4
Slowenien	3,7	2,5	2,5	2,6	3,9	3,7	4,0	3,6	7,5	6,2	6,5	6,2
Tschechien	2,6	1,6	2,1	2,4	4,1	4,7	4,7	3,9	6,7	6,3	6,8	6,3
Ungarn	6,8	3,5	4,0	7,5	5,4	3,8	3,0	2,7	12,2	7,3	7,0	10,2
Zypern	1,9	2,0	2,2	1,3	0,4	0,3	2,3	2,3	2,3	2,3	4,5	3,6
Gesamte EU 27	2,3	2,3	2,3	2,2	1,9	1,0	1,5	1,6	4,2	3,2	3,8	3,8

1) Preise = Harmonisierter Verbraucherpreisindex (HVPI), Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr.

2) Arbeitsproduktivität = Reales BIP pro Kopf, Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr.

3) Lohnpolitischer Verteilungsspielraum = Summe aus Preis- und Arbeitsproduktivitätsentwicklung.

Angaben für 2007 = Frühjahrsprognose 2007 der Europäischen Kommission.

Quelle: Europäische Kommission (2007a); Berechnungen des Autors.

WSI MITTEILUNGEN

Verteilungsspielraum nach wie vor zweistellige Werte aufweist, ist er in Belgien, Frankreich, Italien und Schweden mit Werten um 3 % am geringsten. In Deutschland lag der lohnpolitische Verteilungsspielraum 2006 bei 4,1 %. Nach der Prognose der Europäischen Kommission dürfte er 2007 aufgrund des langsameren Produktivitätswachstums mit 3,6 % etwas geringer ausfallen.

2

Lohnentwicklung und Ausschöpfung nationaler Verteilungsspielräume

Jede Diskussion um die Ausschöpfung der nationalen Verteilungsspielräume durch die Tarifpolitik ist zunächst mit dem Problem konfrontiert, dass es bis heute keine

verlässliche Statistik über die Entwicklung der *Tariflöhne* in Europa gibt.² Der einzige bislang zur Verfügung stehende Indikator ist der Tariflohnindex für die Europäische Währungsunion, der von der Europäischen Zentralbank auf der Grundlage nicht harmonisierter nationaler Statistiken berechnet wird.³ Ein Vergleich der Entwicklung von Tarif- und Effektivlöhnen deutet hierbei auf die Existenz einer erheblichen Lohndrift hin (*Abbildung 1*, s.a. EZB 2006). Demnach stiegen die Tariflöhne im Jahr 2006 in der Eurozone um durchschnittlich 2,3 %, die Effektivlöhne hingegen um 2,7 %, was einer positiven Lohndrift von 0,4 Prozentpunkten entspricht. Seit 1996 weist die Lohndrift in zehn von elf Jahren eine mehr oder weniger stark ausgeprägte positive Tendenz aus. Berücksichtigt man die Tatsache, dass in Deutschland entgegen dem europäischen Trend die Lohndrift in den letzten Jahren zumeist negativ war

(Bispinck/Schulten 2005, S. 468), so deutet dies darauf hin, dass die positive Lohndrift in einigen anderen EWU-Staaten besonders ausgeprägt sein muss.

Die im Folgenden verwendeten Daten beziehen sich ausschließlich auf die Entwicklung der *Effektivlöhne*.⁴ Angesichts der für die meisten EU-Staaten zu unterstellenden positiven Lohndrift kann daher von diesen nur bedingt auf die Bedeutung der Tarifpolitik oder gar den Einfluss der Gewerkschaften geschlossen werden.

2.1. ENTWICKLUNG DER NOMINAL- UND REALLÖHNE

Im Jahr 2006 haben die *Nominallöhne* im EU-Durchschnitt um 2,6 % zugenommen (*Tabelle 3*). Die Lohnentwicklung liegt damit im Trend der letzten Jahre, in denen die EU-weiten Wachstumsraten zwischen 2,5 % und 3 % schwankten. Für 2007 erwartet die Europäische Kommission wiederum einen leichten Anstieg der Lohnentwicklung auf 3,1 %.

Vor dem Hintergrund eines deutlich höheren Produktivitätswachstums lagen die Nominallohnzuwächse in den mittel- und osteuropäischen EU-Staaten in der

2 Seit einigen Jahren veröffentlicht das *European Industrial Relations Observatory (EIRO)* regelmäßig Daten über die Entwicklung der Tariflöhne in Europa (vgl. zuletzt Carley 2007a). Eine Überprüfung der vom EIRO verwendeten nationalen Ursprungsdaten macht jedoch deutlich, dass diese große methodische Mängel aufweisen und nicht miteinander vergleichbar sind. Zum einen werden in den EIRO-Daten mitunter sehr unterschiedliche Bereiche und Zeiträume erfasst. Zum anderen werden aufgrund fehlender nationaler Tariflohnstatistiken oft Datenquellen verwendet, die Effektivlohnentwicklungen anstatt Tariflohnentwicklungen darstellen. Neben dem EIRO bemüht sich auch der *Europäische Gewerkschaftsbund* in einem jährlichen Bericht um die Erfassung von Tariflohnsteigerungen (Keune 2006). Doch auch diese Daten, die auf Angaben der nationalen Gewerkschaftsverbände beruhen, sind wegen ihrer sehr unterschiedlichen und intransparenten Erfassungsmethoden kaum miteinander vergleichbar.

3 Grundlage hierfür sind nationale Daten aus neun EWU-Staaten, die insgesamt 97 % des Euro-Raums abdecken. Die EZB veröffentlicht allerdings nur die aggregierten Tarifdaten für die gesamte Eurozone.

4 Streng genommen werden in der AMECO-Datenbank der Europäischen Kommission keine „Löhne“, sondern „Arbeitnehmerentgelte“ (definiert als Bruttolöhne plus Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung) ausgewiesen. Der hier im Folgenden verwendete Lohnbegriff umfasst demnach die gesamten Arbeitskosten.

Regel deutlich über dem EU-Durchschnitt und erreichten in einigen Ländern nach wie vor zweistellige Wachstumsraten. Den größten Nominalzuwachs gab es mit 21,7 % in Lettland, gefolgt von Rumänien mit 17,8 % und Litauen mit 13,4 %. Dagegen fiel die Lohnerhöhung in Polen mit 3,9 % vergleichsweise bescheiden aus. In den meisten alten EU-Staaten lagen die nationalen Nominallohnzuwächse zwischen 2 % und 4 %. Die höchsten Nominallohnzuwächse gab es in Griechenland (5,9 %), Irland (4,9 %) und Großbritannien (4,2 %). Zusammen mit Malta und den Niederlanden bildete Deutschland mit einer Zuwachsrate von 1,1 % zum wiederholten Male das lohnpolitische Schlusslicht in Europa.

Bestätigen sich die Prognosen der Europäischen Kommission, so dürfte sich die lohnpolitische Sonderrolle Deutschlands mit einem Nominallohnzuwachs von lediglich 1,6 % auch im Jahr 2007 fortsetzen. Die bislang erzielten Tarifvereinbarungen deuten jedoch darauf hin, dass die Erwartungen der Europäischen Kommission eher zu niedrig angesetzt sind. So kommt das WSI-Tarifarchiv auf Grundlage der bis Mitte 2007 getätigten Tarifabschlüsse zu dem Ergebnis, dass die Tariflöhne 2007 um 2,3 % steigen werden (Bispinck/WSI-Tarifarchiv 2007, S. 253). Unterstellt man das für konjunkturelle Aufschwungphasen typische Muster einer positiven Lohndrift, so dürften die Effektivlohnsteigerungen sogar noch etwas höher ausfallen. Allerdings würde sich die deutsche Lohnentwicklung auch bei einer Steigerungsrate von um die 2,5 % im europäischen Vergleich nach wie vor am unteren Rand bewegen.

Hinter den erheblichen Differenzen bei den nationalen Nominallohnsteigerungen verbergen sich teilweise die unterschiedlichen Preisentwicklungen in den einzelnen Ländern. Demnach existiert bei der Entwicklung der *Reallöhne* in Europa eine deutlich geringere nationale Spannweite (Tabelle 3). Im EU-Durchschnitt kam es 2006 wiederum nur zu einer äußerst bescheidenen Reallohnsteigerung von 0,3 %. Neben Deutschland, wo die Reallöhne um insgesamt 0,7 % zurückgingen, mussten die Beschäftigten in vier weiteren EU-Staaten (Luxemburg, Niederlande, Portugal und Malta) deutliche Reallohnverluste hinnehmen. Dagegen konnten sich die Beschäftigten in Lettland und Rumänien über zweistellige Reallohnzuwächse freuen. In-

Abb. 1: Entwicklung der Tarif- und Effektivlöhne in der Europäischen Währungsunion - jährliche Steigerungsraten in % -

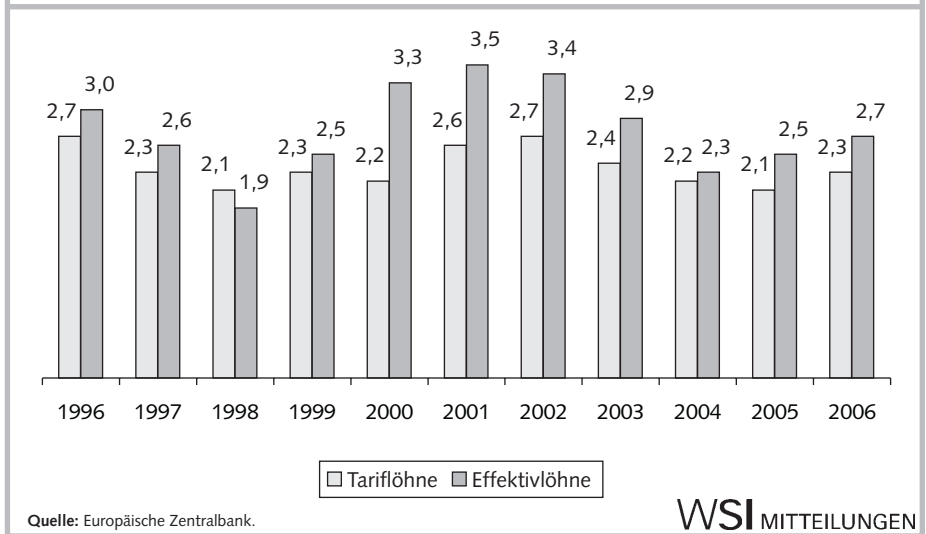


Tabelle 3: Lohnentwicklung und Verteilungsbilanz in der Europäischen Union 2004–2007

	Nominallöhne ¹⁾				Reallöhne ²⁾				Verteilungsbilanz ³⁾			
	2004	2005	2006	2007	2004	2005	2006	2007	2004	2005	2006	2007
Alte EU-Staaten												
Belgien	2,0	2,4	2,7	2,5	0,1	-0,1	0,4	0,7	-2,2	-0,2	-1,6	-0,5
Dänemark	2,7	3,3	3,8	4,5	1,8	1,6	1,9	2,6	-0,3	-0,7	0,6	0,7
Deutschland	1,5	0,5	1,1	1,6	-0,3	-1,4	-0,7	-0,3	-2,0	-2,9	-3,0	-2,0
Finnland	3,6	3,8	3,4	2,6	3,4	3,0	2,1	1,1	0,1	1,5	-1,9	-1,0
Frankreich	3,3	2,8	3,2	3,2	1,0	0,9	1,3	1,7	-1,3	-0,0	0,2	0,1
Griechenland	5,8	6,5	5,9	5,3	2,8	3,0	2,6	2,1	1,1	0,7	-0,2	-0,1
Großbritannien	4,3	4,6	4,2	4,4	3,0	2,6	1,9	2,1	0,7	1,6	-0,1	0,1
Irland	6,6	5,0	4,9	4,6	4,3	2,8	2,2	2,0	3,2	1,9	0,5	0,5
Italien	3,3	3,1	2,5	2,5	1,0	0,9	0,3	0,6	0,2	0,6	0,1	-0,3
Luxemburg	4,2	3,7	2,3	3,0	1,0	-0,1	-0,7	0,6	-0,3	-1,1	-3,1	-0,8
Niederlande	3,8	1,5	1,0	3,4	2,4	0,0	-0,7	1,9	-1,0	-1,8	-2,5	0,2
Österreich	1,7	1,6	2,3	2,4	-0,2	-0,5	0,7	0,6	-2,3	-1,2	-1,3	-1,1
Portugal	2,6	2,9	2,4	2,7	0,1	0,8	-0,7	0,4	-1,1	0,3	-1,2	-0,7
Schweden	3,7	3,2	2,0	4,1	2,7	2,3	0,5	2,9	-2,0	-0,1	-2,1	1,3
Spanien	3,1	2,6	3,4	3,2	0,0	-0,8	-0,1	0,8	-0,6	-1,1	-0,9	-0,0
EU 15	2,9	2,5	2,6	3,0	0,9	0,4	0,4	1,0	-0,8	-0,6	-1,1	-0,5
Neue EU-Staaten												
Bulgarien	4,9	5,9	8,2	9,0	-1,2	-0,1	0,8	4,8	-5,1	-3,6	-2,8	0,2
Estland	12,6	11,5	11,8	14,3	9,5	7,4	7,4	9,2	1,5	-1,2	1,9	1,7
Lettland	14,3	25,5	21,7	18,0	8,2	18,6	15,2	10,8	0,7	9,9	8,2	2,7
Litauen	10,9	8,5	13,4	15,1	9,8	5,8	9,6	10,4	2,4	0,9	3,9	3,8
Malta	2,5	1,1	1,2	1,6	-0,2	-1,4	-1,4	0,2	-1,5	-2,6	-3,3	-1,9
Polen	1,8	2,1	3,9	5,1	-1,8	-0,1	2,6	3,1	-5,8	-1,3	0,2	-0,6
Rumänien	17,8	19,3	17,8	16,7	5,9	10,2	11,2	12,1	-2,2	6,2	6,5	6,7
Slowakei	9,2	5,1	7,7	7,4	1,7	2,4	3,4	5,7	-4,1	-2,2	-2,4	-1,0
Slowenien	7,6	5,4	4,8	5,2	4,0	2,9	2,3	2,6	0,1	-0,8	-1,7	-1,0
Tschechien	5,8	4,3	4,8	2,4	3,3	2,7	2,7	0,0	-0,9	-1,9	-2,0	-3,8
Ungarn	11,4	6,2	6,7	7,1	4,6	2,8	2,7	-0,4	-0,8	-1,1	-0,3	-3,1
Zypern	2,0	1,6	4,2	3,5	0,1	-0,4	2,0	2,2	-0,3	-0,7	-0,3	-0,1
Gesamte EU 27	2,9	2,5	2,6	3,1	0,6	0,2	0,3	0,9	-1,3	-0,7	-1,2	-0,7

1) Nominallöhne = Nominaleinkommen aus unselbstständiger Arbeit (einschl. Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung) pro Kopf, Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr.
 2) Reallöhne = Nominaleinkommen aus unselbstständiger Arbeit (einschl. Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung) pro Kopf abzüglich Preisentwicklung (Harmonisierter Verbraucherpreisindex), Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr.
 3) Verteilungsbilanz = Saldo des jährlichen Nominalzuwachs und des lohnpolitischen Verteilungsspielraums (Tabelle 2) in Prozentpunkten.
 Angaben für 2007 = Frühjahrsprognose 2007 der Europäischen Kommission.
 Quelle: Europäische Kommission (2007a); Berechnungen des Autors.

nerhalb der alten EU gab es in Griechenland (2,6 %), Irland (2,2 %) und Finnland (2,1 %) die höchsten Reallohnsteigerungen. Für 2007 erwartet die Europäische Kommission in den meisten EU-Staaten einen deutlich stärkeren Anstieg der Reallöhne von durchschnittlich 1 %. Deutschland und Ungarn wird als einzigen EU-Ländern auch für 2007 ein leichter Reallohnrückgang prognostiziert, was jedoch mit der recht pessimistischen Prognose bezüglich der deutschen Nominallohnentwicklung zusammenhängt.

2.2 AUSSCHÖPFUNG DER VERTEILUNGSSPIELRÄUME

Zur Beurteilung der nationalen Lohnentwicklung muss diese ins Verhältnis zu der jeweiligen nationalen ökonomischen Entwicklung gesetzt werden. Ein wesentlicher Indikator hierfür ist die Frage, inwieweit es der Lohnpolitik gelingt, den Verteilungsspielraum aus Preis- und Produktivitätsentwicklung auszuschöpfen. Der Ausschöpfungsgrad kann hierbei durch die *Verteilungsbilanz*, d.h. den Saldo aus Nominallohnentwicklung und lohnpolitischem Verteilungsspielraum, gemessen werden (*Tabelle 3*).

Im Jahr 2006 ist die Lohnentwicklung im EU-Durchschnitt mit einer deutlich

negativen Verteilungsbilanz von -1,2 Prozentpunkten hinter dem Verteilungsspielraum zurückgeblieben. Insgesamt war die Verteilungsbilanz in 18 von 27 EU-Staaten negativ. Am wenigsten waren Deutschland, Luxemburg und Malta in der Lage, den Verteilungsspielraum auszuschöpfen und weisen eine negative Verteilungsbilanz von -3,0 bis -3,3 Prozentpunkten auf. Eine deutlich expansive Lohnentwicklung vollzog sich lediglich in einigen mittel- und osteuropäischen Ländern wie Lettland, Litauen und Rumänien. Innerhalb Westeuropas weisen hingegen nur Dänemark und Irland eine leicht positive Verteilungsbilanz auf. Die Lohnentwicklung in Europa zeigt damit insgesamt das für konjunkturelle Aufschwunghasen typische Verlaufsmuster, wonach die Löhne der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung hinterherhinken. Dies wird sich 2007 nach Erwartungen der Europäischen Kommission weiter fortsetzen, wenn auch die Verteilungsbilanz mit -0,7 Prozentpunkten im EU-Durchschnitt etwas weniger negativ ausfallen dürfte. Auch die Lohnentwicklung in Deutschland wird 2007 erneut nicht in der Lage sein, den Verteilungsspielraum auszuschöpfen, und bleibt damit deutlich hinter den ökonomischen Möglichkeiten zurück.

3

Mindestlöhne

In 20 von insgesamt 27 EU-Mitgliedsstaaten existieren gesetzliche Mindestlöhne, die über alle Branchen hinweg eine universelle Lohnnorm definieren, die nicht unterschritten werden darf (Schulten et al. 2006). Während einige EU-Staaten – wie z. B. Frankreich oder die Benelux-Länder – bereits seit mehreren Jahrzehnten über praktische Erfahrungen mit gesetzlichen Mindestlöhnen verfügen, haben Irland und Großbritannien erst Ende der 1990er Jahre nationale gesetzliche Mindestlöhne eingeführt. In den meisten Ländern aus Mittel- und Osteuropa (MOE) wurden im Rahmen der Transformationsperiode Anfang der 1990er Jahre neue gesetzliche Mindestlohnregelungen geschaffen, die seither vor dem Hintergrund eher schwach entwickelter Tarifvertragssysteme für die gesamte Lohnentwicklung eine besonders wichtige Rolle spielen.

In den meisten europäischen Ländern erfolgt die Erhöhung der Mindestlöhne nach einem jährlichen oder sogar – wie im Falle der Niederlande – halbjährlichen Turnus und wird an einem bestimmten, immer wiederkehrenden Stichtag vollzogen. Während in elf EU-Staaten die Erhöhung zuletzt zum 1. Januar 2007 vorgenommen wurde, haben sieben Staaten im ersten Halbjahr 2007 ihre gesetzlichen Mindestlöhne angehoben. In Großbritannien und der Slowakei wurde eine Erhöhung zum 1. Oktober 2007 beschlossen, die hier bereits berücksichtigt wird.

Bezogen auf die absolute Höhe des nationalen Mindestlohns lassen sich innerhalb der EU drei Ländergruppen identifizieren (*Tabelle 4*): Zur *ersten* Gruppe mit relativ hohen Mindestlöhnen zwischen 1.283 und 1.570 € pro Monat bzw. 8,08 und 9,08 € pro Stunde gehören die Beneluxstaaten sowie Frankreich, Großbritannien und Irland. Eine *zweite* mittlere Gruppe mit Mindestlöhnen zwischen 403 und 658 € pro Monat bzw. 2,41 und 3,80 € pro Stunde umfasst die südeuropäischen EU-Staaten Spanien, Portugal, Malta und Griechenland sowie Slowenien. Schließlich finden sich in der *dritten* Gruppe mit relativ niedrigen Mindestlöhnen zwischen 92 und 290 € pro Monat bzw. 0,53 und 1,76 € pro Stunde ausschließlich mittel- und osteuropäische Staaten.

Tabelle 4: Gesetzliche Mindestlöhne in Europa in Euro
(Stand: August 2007)*

	pro Stunde	pro Monat	Letzte Erhöhung
Luxemburg	9,08	1.570	1. Januar 2007
Irland	8,65	1.462	1. Juli 2007
Frankreich	8,44	1.283	29. Juni 2007
Großbritannien	8,20	1.419	1. Oktober 2007**
Belgien	8,08	1.334	1. April 2007
Niederlande	8,08	1.317	1. Juli 2007
Griechenland	3,80	658	1. Mai 2007
Malta	3,46	598	1. Januar 2007
Spanien	3,42	571	1. Januar 2007
Slowenien	3,12	539	1. August 2007
Portugal	2,41	403	1. Januar 2007
Tschechien	1,76	290	1. Januar 2007
Ungarn	1,51	261	1. Januar 2007
Slowakei	1,46	243	1. Oktober 2007**
Polen	1,43	247	1. Januar 2007
Estland	1,38	230	1. Januar 2007
Litauen	1,21	203	1. Juli 2007
Lettland	0,99	172	1. Januar 2007
Rumänien	0,66	115	1. Januar 2007
Bulgarien	0,53	92	1. Januar 2007

* Bei der Berechnung wurden folgende Wochenarbeitszeiten zugrunde gelegt: 40 Stunden: Estland, Griechenland, Großbritannien, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowenien, Ungarn; 39 Stunden: Irland, Slowakei; 38,5 Stunden: Spanien, Portugal; 38 Stunden: Belgien, Tschechien; 37,5 Stunden: Niederlande; 35 Stunden: Frankreich.

** Erhöhung wurde bereits beschlossen.

Quelle: WSI Mindestlohndatenbank.

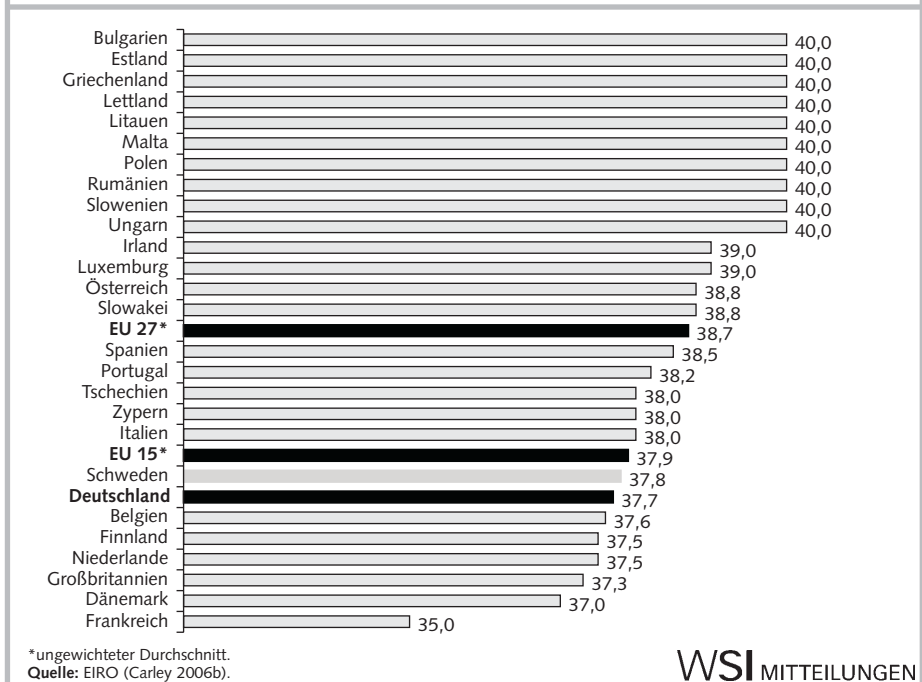
WSI MITTEILUNGEN

Mit der Aufnahme von Bulgarien und Rumänien in die EU haben sich insgesamt die Unterschiede zwischen den nationalen Mindestlohniveaus noch einmal deutlich vergrößert und entsprechen – gemessen in Euro – einem Verhältnis von 1:17 zwischen dem niedrigsten und dem höchsten gesetzlichen Mindestlohn. Allerdings spiegeln diese Unterschiede zumindest teilweise die unterschiedlichen Lebenshaltungskosten in den einzelnen Ländern wider. Gemessen in Kaufkraftparitäten reduziert sich demnach das Verhältnis des höchsten zum niedrigsten Mindestlohn auf 1:7 (Regnard 2007).

Obwohl der gesetzliche Mindestlohn letztendlich durch die jeweiligen Regierungen festgelegt wird, ist er de facto in fast allen Ländern das Ergebnis mehr oder weniger formalisierter Verhandlungen zwischen dem Staat und den Tarifvertragsparteien. In Belgien und Griechenland sowie einer Reihe mittel- und osteuropäischer Staaten wird der Mindestlohn sogar explizit durch eine nationale Tarifvereinbarung festgelegt. In den übrigen Ländern bestehen dagegen zahlreiche bi- und tripartistische Institutionen, die mehr oder weniger verbindliche Empfehlungen für die Erhöhung der gesetzlichen Mindestlöhne aussprechen.

Eine neuartige tarifvertragliche Mindestlohnregelung wurde 2007 in Österreich eingeführt. Die Ende 2006 neu gebildete österreichische Regierung aus der Sozialdemokratischen Partei (SPÖ) und der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) hatte sich in ihrer Koalitionsvereinbarung mit Unterstützung von Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden für die Einführung eines allgemeinen Mindestlohns von 1.000 € pro Monat ausgesprochen. Im Juli 2007 haben der Österreichische Gewerkschaftsbund (ÖGB) und die Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ) eine „Grundsatzvereinbarung“ unterzeichnet, wonach spätestens bis zum 1.1. 2009 in allen Branchentarifverträgen die untersten Lohngruppen auf 1.000 € pro Monat angehoben werden sollen (ÖGB/WKÖ 2007). Auf der Grundlage einer durchschnittlichen tarifvertraglichen Wochenarbeitszeit von 39 Stunden würde dies einem Mindeststundenlohn von 5,92 € entsprechen. Berücksichtigt man, dass die allermeisten Tarifverträge 14 Monatsgehälter enthalten, so erhöht sich bei einem Jahreseinkommen der faktische Mindestlohn auf 1.167 € pro Monat bzw. 6,91 € pro Stunde.

Abb. 2: Durchschnittliche tarifvertraglich vereinbarte Wochenarbeitszeit - in Stunden -



Sollte es bis 2009 nicht gelingen, die 1.000 € flächendeckend in den Branchentarifverträgen als Untergrenze festzuschreiben, haben ÖGB und WKÖ für 2009 den Abschluss eines nationalen „Generalkollektivvertrages“ angekündigt. Vor dem Hintergrund einer außerordentlich hohen Tarifbindung von mehr als 95 %, die durch die Pflichtmitgliedschaft der meisten Arbeitgeber in der Wirtschaftskammer gewährleistet wird, haben sich auch die österreichischen Gewerkschaften für eine tarifvertragliche Mindestlohnregelung und gegen einen gesetzlichen Mindestlohn ausgesprochen.

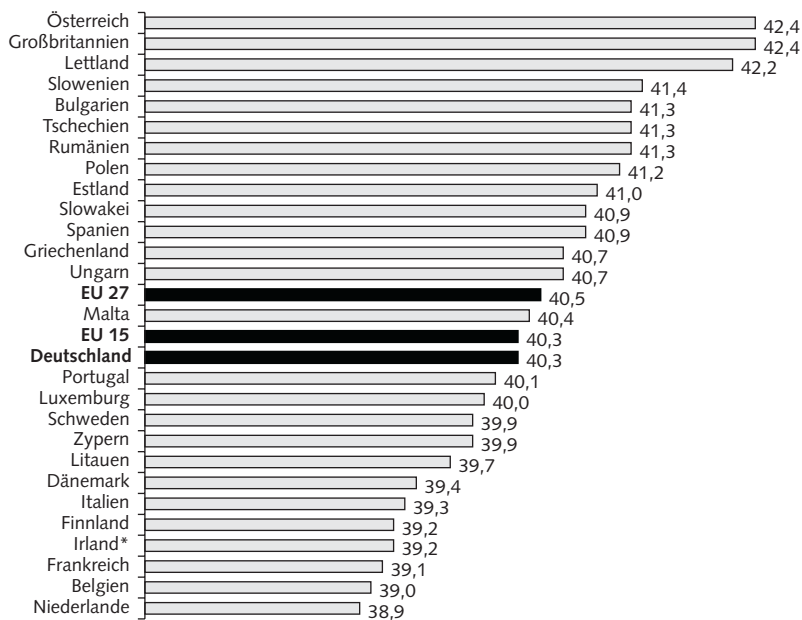
4 Arbeitszeiten

Im Jahr 2006 betrug die tarifvertraglich vereinbarte Wochenarbeitszeit innerhalb der EU durchschnittlich 38,7 Stunden (Abbildung 2). In zehn EU-Staaten, zu denen neben Griechenland und Malta weitere sechs Länder aus Mittel- und Osteuropa gehören, betrug die vereinbarte Standardwochenarbeitszeit nach wie vor 40 Stunden. In neun Ländern lag die Wochenarbeitszeit zwischen 38 und 39 Stunden, während sie in acht Ländern unterhalb von 38 Stunden lag. Deutschland bewegte sich

mit 37,7 Wochenarbeitsstunden knapp unter dem Durchschnitt der alten EU-Staaten mit 37,9 Stunden. Die kürzeste Wochenarbeitszeit besteht hingegen in Frankreich, wo seit dem Ende der 1990er Jahre die 35-Stunden-Woche als gesetzlich festgeschriebene Regelarbeitszeit gilt. Gegenüber dem Vorjahr sind die tarifvertraglichen Arbeitszeiten weitgehend konstant geblieben (Carley 2007b).

In der Regel lagen die effektiven Arbeitszeiten deutlich über dem Niveau der tarifvertraglichen Regelungen (Romans/Kotecka 2007; vgl. auch Abbildung 2 und 3). Gemessen an der normalerweise je Woche von Vollzeitbeschäftigten geleisteten Anzahl von Arbeitsstunden wiesen 2006 Österreich und Großbritannien mit 42,4 Stunden die höchsten Werte auf. In 17 von 27 EU-Staaten lag die effektive Wochenarbeitszeit bei 40 und mehr Stunden. Deutschland lag mit durchschnittlich 40,3 Stunden pro Woche genau im EU-Durchschnitt. Die kürzesten effektiven Arbeitszeiten mit einer Dauer zwischen 38,9 und 39,1 Stunden pro Woche existieren in Belgien, den Niederlanden und Frankreich. Im Hinblick auf die Dauer der durchschnittlichen Arbeitszeiten haben sich in den letzten Jahren insgesamt keine gravierenden Veränderungen vollzogen. Demgegenüber hat der Trend hin zu flexiblen Formen der Arbeitszeitgestaltung (z. B. Teilzeitarbeit,

Abb. 3: Durchschnittliche effektive Wochenarbeitszeit von Vollzeitbeschäftigten 2006 - in Stunden -



*2005

Quelle: Eurostat (EU-Arbeitskräfteerhebung 2006).

WSI MITTEILUNGEN

Schicht-, Wochenend- und Nachtarbeit, Arbeitszeitkonten usw.) weiter zugenommen (Welzmüller 2007).

5

Fazit: Tarifpolitik 2006/2007

Während sich die ökonomischen Rahmenbedingungen in den Jahren 2006 und 2007 in Europa wieder deutlich verbessert haben, bleibt die Lohnentwicklung in den meisten EU-Staaten hinter diesen wirtschaftlichen Möglichkeiten zurück. Dies ist zunächst keineswegs ungewöhnlich, sondern entspricht dem typischen Verlaufs-

muster eines Konjunkturzyklus, wonach die Löhne immer erst mit einem gewissen Zeitverzug auf die ökonomischen Gegebenheiten reagieren und somit gerade in konjunkturellen Aufschwungsphasen die Verteilungsbilanz oft negativ ist. Umso wichtiger ist es, dass die Tarifpolitik sich im weiteren Konjunkturverlauf verstärkt um ein Ausschöpfen der Verteilungsspielräume bemüht und auf diese Weise die ökonomische Dynamik verstetigt. Die Europäische Union erwirtschaftet immer noch den allergrößten Teil ihres Sozialproduktes innerhalb des europäischen Binnenmarktes, sodass hier der Lohnentwicklung eine entscheidende Bedeutung für die Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage zukommt (Stockhammer 2007).

Eine wichtige Voraussetzung für eine Verstetigung des konjunkturellen Aufschwungs in Europa ist eine kooperative und koordinierte Wirtschafts- und Wachstumsstrategie der nationalen Wirtschaftsakteure. Hiervon kann jedoch gerade im Hinblick auf die Tarifpolitik keine Rede sein. Immer wieder versuchen einzelne Länder durch eine Politik der besonders ausgeprägten Lohnzurückhaltung ihre Wettbewerbsfähigkeit auf Kosten der europäischen Nachbarstaaten zu erhöhen. Zu nennen ist in diesem Zusammenhang vor allem die seit mehr als zehn Jahren andauernde lohnpolitische Sonderrolle Deutschlands (Schulten 2006), die andere europäische Staaten zunehmend in wirtschaftliche Bedrängnis bringt.

Dementsprechend wird die deutsche Lohnpolitik im Ausland immer stärker kritisiert. Unter dem Titel „Are German Workers Killing Europe?“ hat z. B. das amerikanische Wirtschaftsmagazin International Economy zahlreiche Wirtschaftsexperten zu den internationalen Konsequenzen der extrem moderaten Lohnentwicklung in Deutschland befragt (International Economy 2006). In Frankreich, das gegenüber Deutschland ein wachsendes Handelsdefizit aufweist, ist die Kritik an der wettbewerbsorientierten deutschen Lohnpolitik besonders ausgeprägt und wird zuvorderst von dem führenden französischen Wirtschaftsforschungsinstitut OFCE formuliert (Creel/Le Cacheux 2006; Fitoussi 2006).

Mit der Tarifrunde 2007 wurden erstmals seit Langem auch in Deutschland wieder Anzeichen für eine mögliche Tarifwende zu höheren Lohnabschlüssen sichtbar (Bispinck/WSI-Tarifarchiv 2007). Die Fortsetzung dieses Trends liegt nicht nur im deutschen, sondern im gesamteuropäischen Interesse.

LITERATUR

- Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute (ARGE) (2007):** Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Frühjahr 2007, Berlin
- Bispinck, R. /Schulten T. (2005):** Deutschland vor dem tarifpolitischen Systemwechsel?, in: WSI-Mitteilungen 8, S. 466–472
- Bispinck, R. /WSI-Tarifarchiv (2007):** Tarifpolitischer Halbjahresbericht – Eine Zwischenbilanz der Lohn- und Gehaltsrunde 2007, in: WSI-Mitteilungen 7, S. 351–357
- Carley, M. (2007a):** Pay Developments – 2006, EIROOnline [<http://www.eurofound.europa.eu/docs/eiro/tn0704029s/tn0704029s.pdf/>]
- Carley, M. (2007b):** Working Time Developments – 2006, EIROOnline [<http://www.eurofound.europa.eu/eiro/studies/tn0705019s/index.html>]
- Creel, J./Le Cacheux, J. (2006):** La Nouvelle Désinflation Compétitive Européenne, in: Revue de l'OFCE 98, S. 7–36
- ELNEP (European Labour Network for Economic Policy) (2007):** Keeping the European recovery on track, Brüssel, April 2007
- Europäische Kommission (2005):** Integrierte Leitlinien für Wachstum und Beschäftigung (2005–2008), KOM (2005) 141 endg. Brüssel, den 12.4.
- Europäische Kommission (2007a):** Statistischer Anhang der Europäischen Wirtschaft, Frühjahr 2007 [http://ec.europa.eu/economy_finance/publications/european_economy/2007/statannex2007_de.pdf]
- Europäische Kommission (2007b):** Economic Forecasts, Spring 2007 [http://ec.europa.eu/economy_finance/publications/european_economy/2007/ee207en.pdf]
- Eurostat (2007):** Juni 2007: Arbeitslosenquote der Eurozone stabil bei 6,9 %, Pressemitteilung 105 vom 31. 7.
- Europäischer Gewerkschaftsbund (EGB) (2007):** In die Offensive für gleiche Löhne, Stellungnahme des EGB Exekutivausschusses zum EGB Kongress am 21.–24.5. in Sevilla
- Europäische Zentralbank (EZB) (2006):** Jüngste Entwicklung der Lohndrift im Euro-Währungsgebiet, in: EZB-Monatsbericht Oktober, S. 36–38
- Fitoussi, J.-P. (2006):** Diverging Tendencies of Competitiveness, European Parliament, Committee for Economic and Monetary Affairs Briefing Paper 1, Oktober [<http://www.europarl.europa.eu/comparl/econ/emu/20061010/fitoussi.pdf>]
- Flassbeck, H./Spiecker, F. (2005):** Die deutsche Lohnpolitik sprengt die Europäische Währungsunion, in: WSI-Mitteilungen 12, S. 707–713
- Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) (2007):** Der Aufschwung geht weiter. Frühjahrsprognose des IMK für 2007, IMK Report 19
- International Economy (2006):** Are German Workers Killing Europe? A Symposium of Views, in: The International Economy Summer 2006, S. 36–45 [www.international-economy.com/TIE_Su06_Germany.pdf]
- Keune, M. (2006):** The Coordination of Collective Bargaining in Europe – Annual Report 2006 to the ETUC Collective Bargaining Committee, Brüssel. [http://www.etuc.org/IMG/pdf/08__b_-CCB-Annual_Report_2006-En.pdf]
- Österreichischer Gewerkschaftsbund (ÖGB)/Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ) (2007):** Grundsatzvereinbarung zum Mindestlohn von 1.000 Euro [http://www.oegb.at/servlet/ContentServer?pagename=OEGBZ/Page/OEGBZ_Index&n=OEGBZ_Suche.a&cid=1182957338210]
- Regnard, P. (2007):** Mindestlöhne 2007, in: Eurostat (Hrsg.): Statistik kurz gefasst, Reihe: Bevölkerung und soziale Bedingungen 71
- Romans, F./Kotecka, M. (2007):** Europäische Union – Arbeitskräfteerhebung Jährliche Ergebnisse 2006, in: Eurostat (Hrsg.): Statistik kurz gefasst, Reihe: Bevölkerung und soziale Bedingungen 1010
- Schulten, T. (2004):** Solidarische Lohnpolitik in Europa. Zur Politischen Ökonomie der Gewerkschaften, Hamburg
- Schulten, T. (2006):** Europäischer Tarifbericht des WSI 2005/2006, in: WSI-Mitteilungen 7, S. 365–373
- Schulten, T./Bispinck, R./Schäfer, C. (Hrsg.) (2006):** Mindestlöhne in Europa, Hamburg
- Stockhammer, E. (2007):** Funktionale Einkommensverteilung und aggregierte Nachfrage im Euro-Raum, in: Wirtschaft und Gesellschaft 2, S. 175–198
- Welzmüller, R. (2007):** Arbeitszeit in Europa und Deutschland, IG Metall, Frankfurt a. M.